

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.



Strahlende Gesichter an der Ortsgruppenversammlung in Balzers, die von Zuversicht und Optimismus für die kommenden Wahlen geprägt war. Dr. Herbert Wille, der FDP-Kandidat für das Amt des Regierungschefs aus Balzers, der sehr initiative FDP-Obmann Walter Hasler und Rösle Eberle, FDP-Kandidatin der Ortsgruppe Balzers. (Bild: Eddy Risch)

Wir setzen auf unsere Landtagsmannschaft

Über hundert Teilnehmer an der FDP-Ortsgruppenversammlung in Balzers

Warum hat die FDP nur eine Landtagsmannschaft, nicht aber eine Regierungsmannschaft nominiert? Diese Frage stand an der sehr erfolgreich und mit grossem Publikumsaufmarsch verlaufenen FDP-Ortsgruppenversammlung in Balzers im Raum. Parteipräsident Dr. Herbert Batliner, der sich schon in anderen Versammlungen dazu geäussert hatte, nahm nochmals Stellung zu dieser Frage: Die

Wahlen sind Wahlen zum Landtag, nicht in die Regierung - die FDP wird ihre Mitglieder in die Regierung erst nominieren, wenn das Wahlergebnis bekannt ist. FDP-Präsident Dr. Herbert Batliner stellte an den Anfang seiner Ausführungen den Hinweis, dass die Landtagswahlen in erster Linie der Bestellung des Parlaments dienen, erst in zweiter Linie der Bildung der Regierung. Er erinnerte daran, dass die FDP 1978 mit ihrer Regierungsmannschaft, aber immer zusammen mit der Landtagsmannschaft, in den Wahlkampf gezogen ist, denn damals hatten sich sowohl Regierungschef Dr. Walter Kieber als auch die Regierungsräte Hans Gassner und Dr. Georg Matin nochmals für eine Amtsperiode zur Verfügung gestellt.

an erinnert werden, dass sie vor acht Jahren genau das Gegenteil gemacht habe: «Wir wählen einen Landtag, nicht eine Regierung», hiess es damals aus VU-Kreisen.

Die FDP wird ihre Mitglieder in die Regierung nach dem in den Statuten der Partei festgehaltenen demokratischen Verfahren nominieren, aber erst, wenn das Wahlergebnis bekannt ist. Denn heute steht noch nicht fest, wieviele Regierungsmitglieder zu bestellen sind und ob es wieder zu einer Koalitionsregierung kommt.

Die FDP wird ihre Regierungsmitglieder an einem Parteitag nach den Wahlen bestellen, da nach den Statuten der Partei dafür zuständig ist. Zuhanden des Parteitags können Anträge gestellt werden, über die dann abgestimmt wird. Das Verfahren ist demokratisch, unterstrich FDP-Präsident Dr. Herbert Batliner, da man sich genau an die Parteistatuten halte. Da gebe es kein Parteidiktat von oben.

Die Ausgangslage war damals, so betonte Dr. Herbert Batliner, völlig verschieden von der heutigen Situation. Wenn die VU heute ihre Regierung in den Vordergrund stelle, dann könne dar-

So einfach liegen die Dinge nicht!

Offene Fragen an Regierungschef Hans Brunhart zum «Fall Grunwald» in Ruggell

Es besteht der begründete Verdacht, dass die Regierung Hand zur Umgehung von Gesetzen geboten hat. Denn bei der Gründung der Grunwald-Projektoren AG in Ruggell weist alles auf ein klassisches Strohmangengeschäft hin. Auch bei der Aufenthaltserteilung an Peter H. Grunwald, dem der Betrieb gehört.

Das VOLKSBLATT hat in dieser Sache recherchiert und darüber am Samstag letzter Woche berichtet. Es liegt auf der Hand, dass der «Fall Grunwald» zum Tagesgespräch wurde.

Nach mehrtägigem Schweigen meldete sich nun gestern Donnerstag das VU-Parteiorgan gross zu Wort. Und weil es die vom VOLKSBLATT erhobenen Tatbestände nicht entkräften kann, versucht es, den Spiess umzudrehen.

Regierung hat bewilligt

Nicht die Regierung und der Strohmang sind schuld an dem umstrittenen Bewilligungsverfahren, sondern das VOLKSBLATT, weil es darüber berichtet hat! Nur weil die begründete Vermutung besteht, dass die Regierung in einen Gewerbebewilligungs-Skandal verwickelt ist, muss

sich das VOLKSBLATT nun als «Skandalblättchen» titulieren lassen.

Regierungschef erteilt sich selbst die Absolution

Ganz so einfach wird man sich die Sache nicht machen können. Die Öffentlichkeit wird sich kaum damit abspesen lassen, dass der Regierungschef angeblich gegenüber dem «Liechtensteiner Vaterland» erklärt hat, dass alles mit rechten Dingen zugegangen sei und sich damit selbst die Absolution erteilt.

Offene Fragen bleiben bestehen

Offen bleiben beispielsweise folgende Fragen:

- Die vom Gesetz geforderte liechtensteinische Mehrheitsbewilligung bei der Firma Grunwald wird von der ISKRA AG gestellt, bei der die Frau des Ruggeller Vorstehers als Geschäftsführerin fungiert. Wurde genau geprüft, ob die ISKRA wirklich zu hundert Prozent eine liechtensteinische beherrschte Firma ist? Oder wurde einfach eine diesbezügliche Erklärung des VU-Vorstehers Hoop oder seiner Frau als bare Münze genommen?
- Anton Hoop wurde von der Regierung als befähigter liechtensteini-

scher Geschäftsführer bei der neugegründeten Firma Grunwald anerkannt. Allerdings wusste die Regierung offenbar schon damals, dass dieses Unternehmen ohne die Mitarbeit von Herrn Grunwald selbst nicht betrieben werden konnte. Warum wurde dies bei der Bewilligungserteilung nicht von vorneherein mit in die Entscheidungsfrage einbezogen?

- Und warum hat der Regierungschef bei der Antragstellung der Aufenthaltserteilung für Peter H. Grunwald die Fremdenpolizei als zuständige Amtsstelle ausgeschaltet?

Anspruch auf offene Information

Diese Fragen ist uns der Regierungschef bis heute schuldig geblieben. Wir stellen sie trotzdem und erneut. Auch auf die Gefahr hin, dass wieder das VOLKSBLATT als «Skandalblättchen» bezeichnet wird, weil es Dinge enthüllt, die bestimmten Herren nicht angenehm sind. Vorgänge aber auch, die der liechtensteinischen Öffentlichkeit bekannt sein müssen. Schliesslich hat unsere Bevölkerung Anspruch auf eine «freie und offene Information», wie sie bei früheren Wahlpropagandaschriften der VU versprochen wurde.

Hier hat die VU versagt!

Beispiel 10

8 Jahre VU-Mehrheit: Versprechen und Wirklichkeit

Die VU versprach im Programm 78

«Die Verwaltung wird immer mehr aufgebläht. Schutz vor überbordender Bürokratie.»

Und das ist die Wirklichkeit

In den acht Jahren der VU-Mehrheit ist die Anzahl der Beamten und Angestellten der Landesverwaltung (ohne Lehrer und PTT-Personal) um 64 Personen angestiegen. Im gleichen Zeitraum haben sich die Personalkosten für die Landesverwaltung um 10 Mio. Franken erhöht. Das sind mehr als 80%!

Die VU hat ihre Glaubwürdigkeit verloren.



Zeit für die FDP

Starke Ausweitung

Landesbank mit sehr günstiger Ertragslage

Die Liechtensteinische Landesbank, die in diesem Jahr ihr 125-jähriges Bestehen feiert, verzeichnete 1985 eine markante Ausweitung der Bilanzsumme, welche erstmals die 4 Milliarden-Frankengrenze überschritt. An einer Pressekonferenz unterstrich gestern Landesbank-Direktor Karl-Heinz Heeb die Bedeutung der LLB und wies auf die verstärkte Entwicklung in Richtung Handelsbank hin, was in den stark erhöhten Einnahmen aus dem bilanzneutralen Dienstleistungsgeschäft zum Ausdruck komme.

Bei der Erläuterung des Geschäftsjahres 1985 sagte der Landesbankdirektor, dass das Ergebnis als «sehr erfreulich» bezeichnet werden könne. So sei der ausgewiesene Reingewinn um 17.3 Prozent auf 10.56 Mio. Franken und der ausgewiesene Cash Flow (das ist der Reingewinn plus Abschreibungen und Rückstellungen) um 14 Prozent auf knapp 20 Mio. Franken angestiegen.

Für die Verzinsung des Dotationskapitals erhält der Staat einen Betrag von 3.95 Mio. Franken. Zusätzlich wird der Landeskassa vom Gewinn ein Betrag von 2.7 Mio. Franken zugewiesen. Die Gesamtanlieferung an das Land betrage somit 6.65 Mio. Franken.

Noch 9 Tage bis zur Wahl!

Gesehen, gehört, notiert

Die Aufhebung des Freizügigkeitsabkommens mit der Schweiz gibt immer wieder Gesprächsstoff in unserem Land. In einer Wirtschaft in Mauren wurde dieses Thema ausgiebig diskutiert. Sagte einer etwas sorgenvoll: «Wir sind einfach eingengt in unserem Land, wenn wir nicht mehr in die Schweiz können.» Antwortete ein anderer: «Wenn es Probleme gibt, so kannst Du getrost dem Brunhart telefonieren. Der regelt solche Dinge.» Kommentar eines anderen: «Ob das tatsächlich ausreicht - für die Zukunft? Man könnte noch hinzufügen, ob hier nicht eine neue Kategorie von Begünstigten geschaffen wurde, nämlich jene, die dem Regierungschef telefonieren. Früher musste man das nicht. Da waren alle gleichgestellt.»

Auch die Schäden im Zivilschutzraum des Gymnasiums durch den Wassereinfluss beschäftigt die Bevölkerung. Die VU versucht nun, die Verantwortung auf die Gemeinden Schaan und Vaduz abzuwälzen, sich selbst aus der Verantwortung zu stehlen. Das Pumpwerk bestand schon seit einiger Zeit, sicher länger als der Beschluss der Regierung Brunhart, wertvolle Kulturgüter einzulagern. Für die Unterbringung der Kulturgüter ist der Ressortinhaber für Kultur, Regierungschef Hans Brunhart, verantwortlich - nicht die Gemeinden Schaan und Vaduz, die das Pumpwerk betreiben.

